



Einladung

zur Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Hechtsheim am
Donnerstag, 29.02.2024, 19:30 Uhr,
Bürgerhaus Mainz-Hechtsheim, Saal Grauburgunder, Am Heuergrund 8, 55129 Mainz

Tagesordnung

a) öffentlich

1. Präzisierung des Protokolls
2. Resolution: Für ein demokratisches Miteinander, für Vielfalt und Sicherheit in unserem Stadtteil (CDU, SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, FW, ÖDP)
3. Berichterstattung der Mainzer MÖbilität zum Sachstand Bürgerbeteiligung Straßenbahnausbau
4. Berichterstattung zum Thema: Smart City

Anträge

5. Messung der Belastung mit Ultrafeinstaub in Hechtsheim (FDP, CDU, GRÜNE, FW, ÖDP, SPD)
6. Ergänzung der Durchfahrbeschränkungen auf dem Kirchenstück (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
7. Verlängerung der Straßenbahn nach Ebersheim (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
8. Freies WLAN im Stadtteil (SPD)
9. Fördermittel für Klimaschutz nutzen (SPD)
10. Live-Stream der Ortsbeiratssitzungen - Möglichkeiten prüfen (SPD)

Beschlussvorlagen

11. Werberechte

Anfragen

12. Notfallvorsorge in der Theodor-Heuss-Schule und der IGS Auguste-Cornelius in Mainz-Hechtsheim (CDU)
13. Zukunft der alten Ortsverwaltung (SPD)
14. Anfragen aus vorherigen Sitzungen
15. Sachstandsberichte
 - 15.1. Sachstandsbericht zu Antrag 1803/2023 (SPD);
 - 15.2. Sachstandsbericht zu Antrag 1779/2023 GRÜNE, Ortsbeirat Mainz-Hechtsheim
 - 15.3. Sachstandsbericht zum Antrag 1875/2023 der ÖDP Ortsbeiratsfraktion Mainz-Hechtsheim
 - 15.4. Sachstandsbericht zu Antrag 1804/2023 der SPD Ortsbeiratsfraktion Mainz-Hechtsheim
16. Mitteilungen und Verschiedenes
17. Einwohnerfragestunde

b) nicht öffentlich

18. Bau- und Grundstücksangelegenheiten
19. Mitteilungen und Verschiedenes

Mainz, 22.02.2024

gez. Ulrike Cohnen
Ortsvorsteherin



Ortsbeirat Mainz-Hechtsheim

Ortsverwaltung Mainz-Hechtsheim

Frau Ortsvorsteherin

Ulrike Cohnen

Antrag

Präzisierung des Protokolls

Im Protokoll der Ortsbeiratssitzung vom 24. Januar 2024 ist folgendes festgehalten:

„Herr Euteneuer bittet die Anwesenden, die Resolution, welche von ihm den Ortsbeiratsmitgliedern zugeleitet wurde, mit der erforderlichen Mehrheit auf die Tagesordnung zu nehmen. Da jedoch einige der Mitglieder gerne noch Anregungen eingebracht hätten und ihrer Ansicht nach keine Dringlichkeit bestand, wird die Resolution nicht mit der erforderlichen Mehrheit auf die Tagesordnung genommen. Auch wenn man sich in der Sache selbstverständlich einig ist.“

Für das Verständnis dieser Passage scheint es unerlässlich, den Titel der vorgelegten Resolution einzufügen. Nur so erschließt sich ansatzweise, worum es in der Vorlage inhaltlich ging. Wir bitten daher, im ersten Satz den Titel „Für die Verfassung eintreten“ hinter dem Wort „Resolution“ einzufügen. Damit lautete der Satz an dieser Stelle:

„... bittet die Anwesenden, die Resolution „Für die Verfassung eintreten“, welche von ihm den Ortsbeiratsmitgliedern zugeleitet wurde, mit der erforderlichen Mehrheit ...“

Klaus Euteneuer

Gemeinsame Resolution des Ortsbeirats Mainz-Hechtsheim

Für ein demokratisches Miteinander, für Vielfalt und Sicherheit in unserem Stadtteil

Die jüngst bekannt gewordenen bestürzenden Enthüllungen eines konspirativen Treffens von Rechtsextremen in Potsdam erinnern an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte. Die dort geäußerten menschenverachtenden Strategien sind ein schwerer Angriff auf unsere Demokratie und die Verfassung.

Auch in Hechtsheim trafen sich vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ eingestufte Personen in einem Netzwerk, das Räume in dem Gewerbegebiet von Hechtsheim angemietet hatte. Glücklicherweise konnte diese Ansiedlung aufgrund einer Verletzung des Baurechts beendet werden.

Alle Mitglieder des Ortsbeirats von Hechtsheim sprechen sich klar und eindeutig gegen jede Form von Hass und Hetze aus. Wir erklären unsere uneingeschränkte Solidarität mit allen Menschen, ganz unabhängig von ihrer Herkunft, die in unserem Stadtteil und in unserer Stadt leben. Wir treten dafür ein, gemeinsam den friedlichen, sozialen und demokratischen Zusammenhalt in Hechtsheim zu stärken.

Wir sehen Vielfalt in der Bevölkerung als Chance. Daher rufen wir unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger dazu auf, eindeutig und klar jeder Art von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung und Rechtsextremismus entgegenzutreten.

Wir sind stolz auf die vielfältigen Aktionen und die zahlreichen Demonstrationen in ganz Deutschland mit inzwischen weit über einer Million Teilnehmenden aller Generationen. Sie alle setzen ein notwendiges Zeichen zur Stärkung der Zivilgesellschaft und zur Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten. Auch in Mainz haben die Demonstrationen unter dem Motto „Zeichen gegen Rechtsextremismus - Kein Platz für Nazis“ eine klare Botschaft gesetzt.

Weltweit müssen wir erkennen, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. Wir müssen uns daher jeden Tag für die Demokratie und die damit verbundene Freiheit des Denkens und Handelns einsetzen und uns gegen Feinde der freiheitlich demokratischen Grundordnung zur Wehr setzen.

Für Neonazis, Hass und Hetze gibt es bei uns keinen Platz. Für uns gilt: „Nie wieder - ist jetzt!“

Deshalb setzen wir als Ortsbeirat von Hechtsheim dieses gemeinsame Zeichen gegen menschenverachtendes Gedankengut, gegen Rechtsextremismus, gegen Hass und gegen Hetze.

Die Mitglieder des Ortsbeirates Hechtsheim:

Hassina Alkozei, Hans-Peter Bohland, Klaus Euteneuer, Franz Jung, Jan-Dustin Kley, Prof. Felix Leinen, Jürgen Linde, Konrad Meier, Regina Molitor, Sieglinde Quast-Stein, Markus Steffen, Gerhard Wenderoth, Birgit Zehe-Clauß.

Hechtsheim, den 29.02.2024

Ortsverwaltung Mainz-Hechtsheim

Ortsvorsteherin Frau Ulrike Cohnen

Antrag

zur Sitzung des Ortsbeirates am 29.02.2024

Messung der Belastung mit Ultrafeinstaub in Hechtsheim

Seit März 2023 werden erstmals in Rheinland-Pfalz Ultrafeine Partikel (UFP) gemessen – auch in Mainz Hechtsheim. Dazu wird eine vom hessischen Landesamt HLNUG ausgeliehene Mess-Station genutzt. Bisher wurden bereits erhöhte UFP-Konzentrationen und Konzentrations-spitzen erfasst. Sie lassen einen Zusammenhang mit Über- und Vorbeiflügen auf der Südumfliegung und den Landeüberflügen zum Frankfurter Flughafen vermuten.

Die in Mainz-Hechtsheim eingesetzte Messstelle ist nur gemietet und soll im April dieses Jahres wieder abgebaut werden.

Eine abschließende Bewertung der tatsächlichen Belastung von Hechtsheim durch Ultrafeinstaub sowie des Ausbreitungsverhaltens ist mit einer temporären und punktuellen Messung nicht möglich. Für eine umfassende Bewertung ist ein geeignetes Mess- und Betriebskonzept erforderlich.

Der Ortsbeirat Hechtsheim möge daher beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, das zuständige rheinland-pfälzische Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität (MKUEM) aufzufordern, entsprechend dem Vorsorgeprinzip unverzüglich die Gefährdung insbesondere der Hechtsheimer Bürgerinnen und Bürger durch die Exposition von Ultrafeinstaub aus dem Flugverkehr mit geeigneten Verfahren messtechnisch weiter zu überprüfen.

In Abstimmung mit dem in Hechtsheim seit vielen Jahren tätigen Arbeitskreis Fluglärm Hechtsheim setzt sich der Ortsbeirat für den Aufbau eines Messnetzrasters ein. Nur auf diesem Wege lassen sich gesicherte Aussagen über Immissionsbelastungen durch Ultrafeinstäube und deren Quelle treffen.

Bei der Durchführung der Messungen ist nach Überzeugung der mit dem Thema vertrauten Fachleute folgendes besonders zu beachten:

- Bei der Bestimmung von Ultrafeinen Partikeln ist die Anzahl-Konzentration je ccm Luft zu erfassen.
- Die Detektionsteilchengröße muss so klein wie möglich gewählt werden – auf Basis des aktuellen Stands der Technik kleiner als 7nm.
- Es sollen mehrere Mess-Stellen, am besten ein Mess-Raster, aufgebaut werden, die geografisch sinnvoll angeordnet sind und über ein möglichst klein gewähltes Mess-Intervall verfügen (mind. 1 Messung/Sekunde).
- Die verwendete Mess-Technik muss in der Lage sein, verkehrsnahen Belastungen korrekt abzubilden. SMPS-Geräte sind diesbezüglich ungeeignet!
- Die Bewertung der Messergebnisse muss unter Berücksichtigung von Wind- und Wetterdaten erfolgen, die das Klein-Klima im Umfeld der Messstation zeigen.

Begründung:

Immissionen durch Ultrafeinstaub im Sinne luftgetragener Partikel mit minimaler Größe im Nano-Bereich gefährden die Gesundheit der Menschen. Davon betroffen sind die Beschäftigten am Standort Fraport, aber auch die Passagiere sowie die Bürgerinnen und Bürger der Anrainergemeinden im Umkreis des Frankfurter Flughafens. Nach den Ergebnissen der in Hechtsheim bisher durchgeführten Messungen besteht der begründete Verdacht, dass der An- und Abflugverkehr vom und zum Flughafen in Frankfurt zu signifikanten UFP-Immissionsbelastungen in Mainz-Hechtsheim und weiteren Stadtteilen führt.

Triebwerksabgase von Jets am Boden sind hauptverantwortlich für die hohen Ultrafeinstaub- Emissionen von Flughäfen. Obwohl dies seit langem bekannt ist, bleibt die Erkenntnislage hinsichtlich der Ausbreitung und der konkreten Auswirkungen noch dürftig. Ursächlich dafür sind insbesondere fehlende systematische Messungen, die Aufschluss über die Quelle und das Ausbreitungsverhalten von UFP liefern könnten.

Ungeklärt ist vor allem, ob allein bodennahe Emissionsquellen die Immissionsbelastungen in größerer Entfernung zum Flughafen – wie etwa in Hechtsheim – verursachen können. Denn Einzelmessungen unter den An- und Abflugrouten haben erhöhte UFP-Immissionsspitzen gezeigt, die eher mit den Flugzeugüberflügen als Emissionsquellen korrelieren.

Mainzer Fluglärmaktive haben seit 2012 stets auf die gesundheitliche Gefährdung durch Immissionen ultrafeiner Abgas-Partikel aus Flugzeugtriebwerken aufmerksam gemacht. Dabei wurde besonders darauf hingewiesen, dass mit der behördlich verwendeten gravimetrischen Messmethodik UFP-Immissionen nicht nachweisbar sind. Dennoch wurde lange Zeit in offiziellen Verlautbarungen von Bundes- und Landesbehörden sowie dem Flughafenbetreiber Fraport unisono ein Zusammenhang zwischen Flugbetrieb und UFP-Immission stets bestritten und mit Hinweis auf gravimetrische Messungen als unerheblich bewertet. Dem Durchhaltevermögen der Aktiven ist es zu verdanken, dass nunmehr mit geeigneten Partikelzählern im Umfeld des Flughafens UFP punktuell gemessen wird. Erste Ergebnisse zeigen, dass signifikante UFP-Immissionen im näheren Umfeld des Flughafens wie auch in weiter entfernt liegenden Wohngebieten nachweisbar sind. Dies führt zu der Erkenntnis, dass der tatsächliche Umfang der Feinstaubbelastungen nur durch weitere Messungen ermittelt werden kann.

gez. Fraktionssprecher

Birgit Zehe-Clauß (FDP)

Franz Jung (CDU)

Jürgen Linde (Grüne)

Prof. Felix Leinen (ödp)

Gerhard Wenderoth (Freie Wähler)

Klaus Euteneuer (SPD)



Ortsverwaltung Mainz-Hechtsheim
Frau Ortsvorsteherin Ulrike Cohnen

Antrag zur Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Hechtsheim am 29.02.2024

Prüfantrag: Ergänzung der Durchfahrbeschränkungen auf dem Kirchenstück

Das Kirchenstück lädt viele Anwohner*innen Hechtsheims sowie angrenzender Stadtteile zum Spaziergehen, Sport treiben und Verweilen ein. Kurzum, es hat für viele den Stellenwert eines Naherholungsgebietes. Deshalb ist es bedauerlich, dass insbesondere in den warmen Monaten zahlreiche Autofahrer*innen den Wirtschaftsweg des Kirchenstückes unbefugt befahren und auf den Wiesen parken. Bei diesem, oft zu schnellen Befahren des Wirtschaftsweges kommt es zu gefährlichen Situationen mit Spaziergänger*innen, Kindern und Hunden. Zudem wird häufig achtlos Müll auf den Wiesen hinterlassen, der dann von Anwohner*innen ehrenamtlich aufgesammelt und entsorgt werden muss.

Die Situation stößt bei Anwohner*innen zunehmend auf Unmut. Aus diesem Grund bitten wir die Verwaltung um die Prüfung der folgenden, Abhilfe schaffenden Punkte:

Die Verwaltung möge prüfen:

Wir bitten die Verwaltung, aus den oben geschilderten Gründen, verschiedene ineinandergreifende, aber auch unabhängig umsetzbare, Ansätze zu prüfen.

Es möge insbesondere geprüft werden, ob die Möglichkeit besteht, alle Zuwege auf das Kirchenstück mit verschließbaren Durchfahrtsbeschränkungen zu versehen, die nur von einem festgelegten Personenkreis geöffnet werden können, wodurch die Durchfahrt landwirtschaftlicher Fahrzeuge weiterhin ermöglicht wird. Ergänzend bitten wir um die Prüfung, ob vermehrte Kontrollen durch das Ordnungsamt, speziell in den Sommermonaten, Abhilfe schaffen könnte. Zudem und unabhängig von den zuvor genannten Punkten, bitten wir um eine Überprüfung sämtlicher Beschilderungen und bereits bestehender Durchfahrtsbeschränkungen auf das Kirchenstück, auf deren Zustand, Sicht- und Lesbarkeit.

Um eine Benachrichtigung über Fortschritt und Ergebnisse dieser Prüfungen wird gebeten.

Vielen Dank und mit freundlichen Grüßen,

Gez. Regina Molitor / Sieglinde Quast-Stein / Jürgen Linde



Ortsverwaltung Mainz-Hechtsheim
Frau Ortsvorsteherin Ulrike Cohnen

Antrag zur Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Hechtsheim am 29.02.2024

Antrag: Verlängerung der Straßenbahn nach Ebersheim

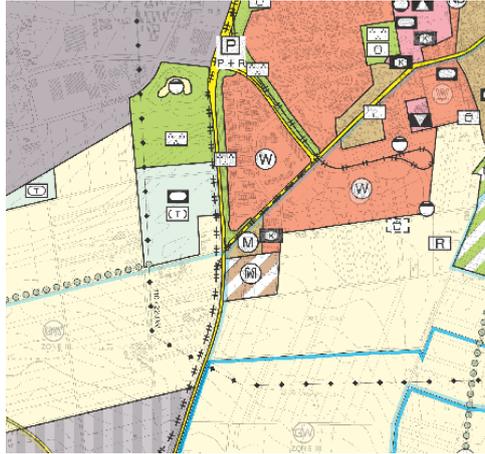
Der Ortsbeirat begrüßt, dass der Stadtrat am 31.01.2024 mit großer Mehrheit der Verwaltung nochmals das Signal gegeben hat, dass eine Verlängerung der Straßenbahntrasse über Hechtsheim hinaus in Richtung Ebersheim und in den Landkreis als sinnvoll und wichtig erachtet wird. Der Ortsbeirat ersucht die Verwaltung darzulegen, ob andere Behörden diesem Anliegen entgegenstehende Vorhaben verfolgen und ggfs. nochmals den betreffenden Behörden gegenüber festzustellen, dass die Stadt diese Vorhaben nicht unterstützt.

Der Ortsbeirat fordert die Verwaltung auf, dass im Zuge der Straßenbahnplanung gemeinsam mit dem Ortsbeirat eine gute fußläufige, attraktive Erschließung des Ortskerns und der Hechtsheimer Winzerhöfe von den Haltepunkten der Straßenbahn aus entwickelt wird.

Begründung:

Schon seit Jahren wird über den Ausbau der Rheinhessenstraße diskutiert. Dieser würde die Hechtsheimer Felder noch stärker zerschneiden als die derzeitige Straße und würde zusätzlichen Verkehr hervorrufen und anziehen (induzierte Nachfrage). Weil die Aufnahmekapazität des städtischen Straßennetzes nicht erweiterbar ist, stünde der Verkehr in Hechtsheim im Stau.

Bereits im Flächennutzungsplan aus dem Jahr 2000, wie auch in der aktuellen Fassung ist der Platz für eine Straßenbahntrasse in Verlängerung der bestehenden Trasse nach Hechtsheim vorgehalten. Diese Trasse könnte daher ohne Geländeerwerb zügig umgesetzt werden. Wenn sie als Rasengleis ausgeführt wird - so wie große Teile der „Mainzelbahn“ zum Lerchenberg - fügt sie sich unauffällig in die Landschaft ein.



Ausschnitt aus dem FNP 2000, in dem die vorhandener Straßenbahn und der Beginn der erweiterten Straßenbahnführung, markiert durch $\equiv \equiv \dots$, sichtbar sind (Quelle: Geoinformationssystem der Stadt Mainz mit aktivierter Flächennutzungsplan-Ebene, <https://www.mainz.de/service/co-stadtplan.php>)

Wir sind überzeugt, dass aufgrund der Zunahme der Bevölkerung im Landkreis und der wachsenden Integration der Region die jetzt anstehende neue Kosten-Nutzen-Untersuchung für die Straßenbahn ein positives Resultat ergibt, zumal nach den neuen Richtlinien des Bundes auch die Klimafreundlichkeit der Straßenbahn im Vergleich zur individuellen Fahrt mit dem Auto in die Ermittlung von monetärem Nutzen und Kosten einfließt.

Eine Chance sehen wir speziell für Hechtsheim, wenn im Zuge des Ausbaus der Straßenbahn der Hechtsheimer Ortskern für Menschen aus dem Umland als attraktive Zwischenstation entwickelt wird. Darüber hinaus kann Hechtsheim insbesondere für auswärtige Besucherinnen und Besucher insbesondere als Lokation der „Great Wine Capital“ Mainz sehr viel besser erschlossen werden.

Gez. Regina Molitor / Sieglinde Quast-Stein / Jürgen Linde



Ortsbeirat Mainz-Hechtsheim

Ortsverwaltung Mainz-Hechtsheim

Frau Ortsvorsteherin

Ulrike Cohnen

Antrag

Freies WLAN im Stadtteil

Der Ortsbeirat regt an zu prüfen, ob in bestimmten, von vielen Menschen besuchten Plätzen, Straßen und Einrichtungen freies WLAN eingerichtet werden kann. Zu nennen sind beispielhaft die Bezirkssportanlage, die Alte Mainzer Straße oder öffentliche Gebäude.

Klaus Euteneuer



Ortsbeirat Mainz-Hechtsheim

Ortsverwaltung Mainz-Hechtsheim

Frau Ortsvorsteherin

Ulrike Cohnen

Antrag

Fördermittel für Klimaschutz nutzen

Anknüpfend an den Antrag der SPD Nr. 0686/2023 „Parkplätze mit Photovoltaikanlagen überdachen“ vom 11. Mai 2023 und an die Antwort der Verwaltung darauf vom 5. Oktober 2023 verweisen wir auf das „Kommunale Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation“ (KIPKI). Das Programm stellt den kommunalen Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz unbürokratisch Fördermittel für Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimawandelfolgenanpassung zur Verfügung. Zu den möglichen Maßnahmen gehören Investitionen in eine nachhaltige kommunale Energieversorgung, die als Investitionen in kommunale Klimaschutzmaßnahmen gelten. Genannt sind hier Maßnahmen zum Aufbau einer nachhaltigen Stromversorgung in den kommunalen Gebietskörperschaften, etwa durch den Ausbau erneuerbarer Energien.

Der Ortsbeirat bittet darum, die Dachflächen kommunaler Gebäude im Stadtteil Hechtsheim auf die Möglichkeit zu überprüfen, dort Photovoltaikanlagen zu installieren. Weiter bekräftigt er die Anregung vom Mai 2023 auf die Überdachung von Parkplätzen mit Photovoltaikanlagen.

Klaus Euteneuer



Ortsbeirat Mainz-Hechtsheim

Ortsverwaltung Mainz-Hechtsheim

Frau Ortsvorsteherin

Ulrike Cohnen

Antrag

Live-Stream der Ortsbeiratssitzungen – Möglichkeit prüfen

Die aktuellen Demonstrationen für die Demokratie, von denen auch zwei mit großer Beteiligung in Mainz stattgefunden haben, zeigen ein ungebrochen positives Verhältnis der gesellschaftlichen Mehrheit zur Verfassung und ein Interesse für demokratische Politik. Ein wesentlicher Teil dieser Politik vollzieht sich auch auf lokaler Ebene, etwa im Ortsbeirat von Mainz-Hechtsheim. Die Ortsbeiratssitzungen sind im wesentlichen öffentlich, jedoch ist persönliche Präsenz erforderlich, wenn man den Sitzungen folgen möchte.

Angesichts rasanter technischer Fortschritte im Bereich der Bild- und Tonübertragung, die auch zu einem immer geringeren Aufwand bei der Realisierung dieser Übertragungen führen, bitten wir zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, Ortsbeiratssitzungen interessierten Bürgerinnen und Bürgern per Video-Übertragung zugänglich zu machen. Weiter bitten wir zu prüfen, ob diese Möglichkeiten im Verlauf der kommenden Wahlperiode umgesetzt werden können.

Klaus Euteneuer

Beschlussvorlage



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0300/2024
Amt/Aktenzeichen 80/23 10 91 2 J	Datum 08.02.2024	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 20.02.2024

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Gonsenheim	Anhörung	20.02.2024	Ö
Ortsbeirat Mainz-Hartenberg/Münchfeld	Anhörung	20.02.2024	Ö
Ortsbeirat Mainz-Marienborn	Anhörung	21.02.2024	Ö
Ortsbeirat Mainz-Altstadt	Anhörung	21.02.2024	Ö
Ortsbeirat Mainz-Weisenau	Anhörung	21.02.2024	Ö
Ortsbeirat Mainz-Ebersheim	Anhörung	22.02.2024	Ö
Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg	Anhörung	22.02.2024	Ö
Ortsbeirat Mainz-Laubenheim	Anhörung	23.02.2024	Ö
Ortsbeirat Mainz-Drais	Anhörung	27.02.2024	Ö
Ortsbeirat Mainz-Oberstadt	Anhörung	27.02.2024	Ö
Ortsbeirat Mainz-Neustadt	Anhörung	28.02.2024	Ö
Ortsbeirat Mainz-Bretzenheim	Anhörung	28.02.2024	Ö
Ortsbeirat Mainz-Mombach	Anhörung	29.02.2024	Ö
Ortsbeirat Mainz-Hechtsheim	Anhörung	29.02.2024	Ö
Ortsbeirat Mainz-Finthen	Anhörung	05.03.2024	Ö
Wirtschaftsausschuss	Vorberatung	05.03.2024	Ö
Stadtrat	Entscheidung	06.03.2024	Ö

Betreff:
 Werberechte;
 Festlegung der Leitplanken des neuen Werberechtskonzeptes und Durchführung der Ausschreibung der Werberechte auf städtischen Grundstücken für den Zeitraum 01.01.2026 bis 31.12.2040

Mainz, 16.02.2024

gez.

Manuela Matz
 Beigeordnete

Mainz, 20.02.2024

gez.

Nino Haase
Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Die Ortsbeiräte nehmen zur Kenntnis, der Wirtschaftsausschuss empfiehlt und der Stadtrat beschließt die Leitplanken des neuen Werbekonzeptes als Grundlage für die Durchführung der Neuausschreibung der Werberechte in der Stadt Mainz.

Die Verwaltung wird durch den Beschluss ermächtigt, die Leitplanken des Werbekonzeptes als Vorgabe der Ausschreibung zu verwenden und die Ausschreibung durchzuführen.

Die Vorgaben im Werbekonzept werden maßgeblicher Bestandteil des neuen Werberechtsvertrages, worauf die Bieter ihre Angebote kalkulieren und einreichen können. Die Angebote können bei Bedarf aus Sicht der Stadt Mainz verhandelt werden. Auf Basis von für die Ausschreibung im Vorfeld festgelegten Bewertungskriterien ermittelt sich das für die Stadt Mainz beste Angebot.

Die Vergabe der Dienstleistungskonzession erfolgt in einem Los im gesamten Stadtgebiet und hat eine Laufzeit von 15 Jahren, beginnend am 01.01.2026. Die Konzession endet damit zum 31.12.2040.

Das neue Werbekonzept soll folgende wichtige Regelungen und Vorgaben erhalten:

1. Ausnahmen von den Werberechten

Das Werbekonzept enthält u. A. Vorgaben, wo und welche Werbeträgerarten vom zukünftigen Werberechtsvertrag möglich sein sollen. Ausdrücklich werden auch Einschränkungen definiert, die der Konzessionär zu akzeptieren hat. Zu den Ausnahmen gehören insbesondere:

- A. Werbemöglichkeiten in, auf und an Sportstätten und Bädern im kommunalen Eigentum nebst deren Außenanlagen (Grundstücke inklusive Einfriedung), insbesondere langfristig an Mainzer Sportvereine übertragene Sportstätten, kommunale Schulsportstätten sowie Kernsportstätten und Bäder in Bewirtschaftung der Stadt, sowie die Sportarenen, MEWA-Arena, Bruchwegstadion und das Stadion an der Bleichstraße, einschließlich deren jeweiligen festgelegten Außenanlagen (Grundstücke inklusive Einfriedung)
- B. Werbemöglichkeiten in, auf und an schulischen, kulturellen Einrichtungen im Eigentum der Stadt
- C. Werbemöglichkeiten in, auf und an Verwaltungsgebäuden im Eigentum der Stadt (z. B. Rathaus, Stadthäuser, Ortsverwaltungen)
- D. Werbemöglichkeiten auf Innenflächen von Verkehrsinseln
- E. Werbebanner an kommunalen Brücken
- F. Werbung an Schaltkästen (Klapprahmen) der Stadtwerke Mainz AG
- G. Mobile Werbeveranstaltungen, z. B. Promotionsveranstaltungen, Flyerverteilung
- H. Uhrenwerbung
- I. Werbung an der Außenseite und innerhalb von Fahrzeugen des ÖPNV (sogenannte Verkehrsmittelwerbung)
- J. Sondernutzung durch Informationsstände und Werbestände

- K. Eigenwerbung der MVG, Stadt und weiterer stadtnaher Gesellschaften auf den digitalen Fahrgastinformationen bei den Haltestellen
- L. Werbung an der Stätte der Leistung (z. B. die Eigenwerbung von Geschäften mit Firmenschildern oder Aufstellern)
- M. Eigenwerbung der MVG, Stadt und weiterer stadtnaher Gesellschaften in den Informationsvitri-
nen der Bus-Wartehallen (= Bus-WH)
- N. Zirkuswerbung
- O. Siegelmarkenwerbung (Plakataufsteller) inklusive Wahlwerbung
- P. Werbung an Bauzäunen

Zusätzlich wird vorgegeben, dass neben den gesetzlichen Werbeverböten außerdem sexistische und rassistische Inhalte sowie Werbung für Tabak und Drogen nicht auf den Werbeträgern auf kommunalen Grundstücken beworben werden dürfen. Werbung für Alkohol darf darüber hinaus nicht an Werbeträgern angebracht werden, die weniger als 100 Meter von Schulen oder Kitas entfernt sind.

2. Umfang der Dienstleistungskonzession

Zu den Dienstleistungen, welche der Konzessionär als Gegenleistung für die Werberechte zu erbringen hat, zählen:

A. Neubau Bus-WH, teilweise mit Dachbegrünung und/oder Photovoltaik-Anlage

Der Neuaufbau und Betrieb einer noch zu bestimmenden Anzahl an fabrikneuen Bus-WH direkt zum Vertragsbeginn und während der Laufzeit bis 2040. Hinzu kommt eine Dachbegrünung und/oder das Anbringen einer Photovoltaik-Anlage der Bus-WH an sinnvollen Standorten, soweit technisch möglich.

B. Laufender Betrieb Bus-WH

Der laufende Betrieb aller bestehenden Bus-WH für die gesamte Vertragslaufzeit wird vom Neukonzessionär erbracht. Hierzu zählt dann auch die Pflege der begrüneten Bus-WH.

C. Pacht

Der Neukonzessionär soll eine regelmäßige Pacht an die Stadt zahlen. Die Höhe dieser Pacht ist abhängig von der Attraktivität der Werberechte in Mainz und den eingereichten Angeboten der jeweiligen Bieter und wird maßgeblich davon beeinflusst, ob ein ernsthafter Wettbewerb um die Werberechte stattfindet.

D. Eigen- und Kulturwerbung

Der Neukonzessionär soll der Stadt ein angemessenes Werbekontingent für Eigen- und Kulturwerbung zur Verfügung stellen. Bezogen auf analoge Werbung im Stadtgebiet soll das jährliche Kontingent 400.000,00 € betragen. Bei der digitalen Werbung soll das Kontingent 8.400 Einblendungen während der Betriebszeiten pro Monat je Screen bei digitalen Klein-Screens bzw. digitalen Großsäulen und 10.800 Einblendungen während der Betriebszeiten pro Monat je Screen für digitalen Groß-Screens betragen.

Zusätzlich ist auch ein Kontingent in Höhe 30.000,00 € für analoge Werbung außerhalb des Stadtgebietes (z. B. in Wiesbaden) vorgesehen. Für die digitalen Werbeträger in allen Größen bzw. Formaten werden 60.000 Einblendungen pro Monat geplant.

Die oben beschriebenen Kontingente stehen der Stadt und städtischen Beteiligungen sowie städtischen Kulturschaffenden zur Verfügung. Über die genaue Verteilung der Kontingente entscheidet das 10-Hauptamt.

E. Beseitigung von Wildwerbung

Der Neukonzessionär soll unerlaubte Werbung im Stadtgebiet auf seine Kosten für die Stadt beseitigen.

3. Vorgaben an das Bieterkonzept

3.1. Allgemeine Anforderungen/Angaben

Das Bieterkonzept soll eine Verbesserung des Stadtbildes durch die Gestaltung, die Qualität, die Art (inklusive der Bus-WH) und die Anzahl der Werbeträger sowie die verwendete Technik zur Folge haben.

Bezüglich der Außenwerbung wird vorgegeben, dass sich diese vertraglich in das Stadt- und Ortsbild einfügen muss. Weiterhin muss das zu liefernde Bieterkonzept geeignet sein, die Qualität des öffentlichen Stadtraums identitätsfördernd aufzuwerten. Das Bieterkonzept muss ein auf die Bedürfnisse der Stadt abgestimmtes Gesamtkonzept mit Erläuterungen und Darstellungen sein.

Der aktuelle Konzessionär muss alle Werbeträger und Bus-WH, wenn der jeweilige Standort durch den Neukonzessionär nicht weiter genutzt werden soll, abbauen. Bus-WH, die der Stadt bzw. der MVG gehören und durch eine neue Bus-WH ersetzt werden, müssen vom Neukonzessionär abgebaut (inklusive Fundamente) und ordnungsgemäß entsorgt werden. Die Kosten trägt in marktüblicher Höhe auf Nachweis durch den Neukonzessionär die MVG.

Der Anschluss von Werbeträgern an das Beleuchtungsstromnetz (Straßenbeleuchtung) ist zukünftig nicht mehr möglich. Es soll aber eine Übergangsfrist zur Umrüstung auf einen eigenständigen Hausanschluss pro Werbeträger von 5 Jahren gewährt werden. Bei den Bus-WH werden die bisherigen Beleuchtungsstromanschlüsse durch die MVG auf deren Kosten durch einen Hausanschluss ersetzt, wenn keine maximale Entfernung überschritten wird (Kostengründe). Dies steht im Zusammenhang mit der Schaffung der digitalen Fahrgastinformationsanzeigen.

3.2. Vorgaben für das Werbeträgerportfolio (Art und Anzahl)

Die Gesamtanzahl der Werbeträger je Art wird zum Vertragsbeginn wie folgt begrenzt:

Werbeträgerarten	Gesamtanzahl
1. Digitale Groß-Screens	bis zu 15
2. Digitale Klein-Screens	bis zu 40
3. Digitale Groß-Säule	bis zu 15
4. City-Light-Boards/Mega-Lights	bis zu 13
5. Geklebte Großflächen	bis zu 30
6. City-Light-Säulen	bis zu 10
7. City-Light-Poster-Vitrinen	bis zu 170
8. Litfaßsäulen	bis zu 150
9. Gewerbehinweissammelanlagen	bis zu 150
10. Klapprahmen	bis zu 52

Die Vorgaben zur Gesamtanzahl führen vorneweg schon zu einer stärkeren Digitalisierung und einer Reduzierung möglicher Werbeträger im Vergleich zum aktuellen Bestand.

Neben der Begrenzung der Gesamtanzahl werden sog. Wechselkurse vorgegeben, welche zusätzlich zur Reduzierung der Gesamtanzahl der Werbeträger im Stadtgebiet führen können. Entscheidet sich der Bieter für die Aufstellung eines Werbeträgers, so müssen entsprechend des vorgegebenen Wechselkurses andere Werbeträger in einem bestimmten Verhältnis abgebaut werden. Im Werbekonzept sind folgende Wechselkurse für die verschiedenen Werberechte vorgesehen:

- A. Digitaler Klein-Screen = 1:2 gegen City-Light-Poster
- B. City-Light-Säulen = 1:2 gegen Litfaßsäulen
- C. Digitale Groß-Screens = 1:2 gegen je ein City-Light-Board/Mega-Light und eine geklebte Großfläche. Sind nicht mehr ausreichende Werberechte für eine Werbeträgerart vorhanden, um den Wechselkurs zu bedienen, müssen dafür die Werberechte für zwei andere Werbeträgerarten reduziert werden
- D. Digitale Groß-Säule = 1:1 gegen City-Light-Säule und 1:2 Litfaßsäulen, wenn alle City-Light-Säulen-Standorte aufgelöst wurden

Beim beispielhaften Aufbau von 10 der 15 möglichen digitalen Groß-Screens dürfte der Bieter nur noch 3 City-Light-Board/Mega-Lights und 20 geklebte Großflächen aufbauen.

Insgesamt wird mit der Verringerung und Begrenzung der Gesamtanzahl der Werbeträger in Verbindung mit der Vorgabe von Wechselkursen die absolute Reduzierung der Werbeträger im Stadtgebiet verfolgt. Außerdem ist eine stärkere Digitalisierung der Werbeträger angestrebt.

3.3. Vorgaben für das Standortkonzept

Das Werbekonzept macht Vorgaben, auf welchen Standorten die neuen Werbeträger im Rahmen der Gesamtanzahl aufgestellt werden dürfen. Hierfür wurde eine umfangreiche Standortliste erstellt. Dabei wurde Wert daraufgelegt, dass nur bereits bestehende Standorte ausgewiesen werden und keine neuen Standorte hinzukommen. Ausgenommen hiervon sind mögliche Standorte in neuen Stadtteilen. Bestehende Standorte, die aus Sicht der jeweiligen Fachämter problematisch sind, wurden zudem eliminiert und werden nicht mehr Gegenstand der Neuausschreibung. Die Werbeträger dürfen entsprechend der städtischen Vorgaben nur auf den bisher vorhandenen Standorten aufgestellt werden. Auf welchen Bestandsstandorten die Umwandlung eines analogen Werbeträgers in einen digitalen Werbeträger möglich sind, wurde ebenfalls von der Stadt vorgegeben.

Das Standortkonzept macht auch Vorgaben dazu, welche Bus-WH vom Bieter neu zu errichten sind, welche Bus-WH im Bestand laufend zu unterhalten sind und welche Bus-WH Werbeträger erhalten dürfen. Hierbei gilt grundsätzlich, dass Straßenbahnwartehallen zukünftig nicht mehr Bestandteil der Werberechte werden und Werbeträger nur noch in Bus-WH und teilweise in gemischten Wartehallen (Straßenbahn- und Bushaltestellen) zulässig sind. Die Standorte der Bus-WH bestimmt ohne werbefachliche Rücksichtnahme die Stadt. Weiterhin wird bestimmt, welche alten Bus-WH mit welcher Priorität direkt zum Beginn der neuen Laufzeit ersetzt werden sollen und bei welchen Bus-WH ein Ersatz während der Laufzeit des neuen Werberechtsvertrages erfolgen kann.

3.4. Vorgaben für das Designkonzept

Die Werbeträger sollen z. B. durch die Farbgebung, als homogene, in sich stimmige sowie optisch erkennbare Produkt-Designfamilie angeboten werden. Die Homogenität gilt dabei auch für die Detail-Geometrie der einzelnen Werbeträgerarten. Jede Werbeträgerart soll über ein einheitliches Design

verfügen, welches auf alle Werbeträger seiner Art anzuwenden ist. Dabei sollen einfache und klare Formen ohne dekorative Elemente (diskret und dezent) verwendet werden. Die einzelnen Werbeträgerarten sollen sowohl in der Innenstadt als auch in der Gesamtstadt gestalterisch zusammenpassen und als Gesamtbild über das Stadtgebiet ein attraktives und modernes Medium darstellen. Dabei sollen sie sich in ihren Außenmaßen auf das konstruktiv maximal Notwendige beschränken.

Die erläuterten allgemeinen Designvorgaben gelten auch für die Bus-WH. Zusätzlich werden besondere Angaben für die Bus-WH bezogen auf Größe und Ausstattung vorgegeben. Des Weiteren sollen die neuen Bus-WH grundsätzlich immer begrünt werden. Ausnahmen sind möglich, da bei nicht allen Standorten eine Dachbegrünung sinnvoll ist.

3.5. Betriebliche Vorgaben für die Werbeträger und Bus-WH

Akustische sowie olfaktorische Werbung und Animationen oder Filme auf digitalen Werbeträgern werden grundsätzlich ausgeschlossen. Interaktive Werbung (z. B. QR-Codes) wird grundsätzlich gestattet, ist aber für jeden Werbeträger im Vorfeld immer mit der Stadt abzustimmen und zu genehmigen (ggfs. auch mit der MVG).

Die „Hinweise zur Messung, Beurteilung und Minderung von Lichtimmissionen“ der Bund-/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) sind mit jeweils aktuellem Stand zu beachten. Freistehende Werbeträger dürfen grundsätzlich 24 Stunden einschließlich Lichtanlage betrieben werden. Für einzelne Standorte im Bereich von Wohnbebauung kann die Stadt im Falle rechtlich begründeter Beschwerden betroffener Anwohner über Lichtimmissionen die Zeit der Be- und Hinterleuchtung der Plakate bzw. die Betriebszeit digitaler Screens eingrenzen. Auch sollen die digitalen Anlagen grundsätzlich mit einer Dimmfunktion ausgestattet sein.

4. Unterverpachtung

Sofern die Vergabe einzelner Konzessionsbestandteile (z. B. Klapprahmen) vom Neukonzessionär an andere Firmen erfolgen soll, hat die Stadt Mainz dies zuvor schriftlich zu bestätigen.

5. Dokumentationspflichten

Das Werbekonzept gibt vor, welche Dokumente und Angaben der Neukonzessionär der Stadt zur Kontrolle (z. B. für Abrechnungen) zur Verfügung stellen muss.

6. Neuerungsklausel

Es soll weiterhin eine Klausel im Werbekonzept inkludiert werden, welche es der Verwaltung im Rahmen der vergaberechtlichen Vorgaben ermöglicht, flexibel auf zukünftige Entwicklungen und Innovation bezüglich der Werbeträger und Werbekampagnen einzugehen und eine Steuerung im Sinne der im Sachverhalt beschriebenen Ziele zu ermöglichen. Es soll weiterhin vereinbart werden, dass im Rahmen der Vertragslaufzeit weitere Standorte digitalisiert werden können, die über die unter 3.2 der Beschlussvorlage definierten Gesamtzahlen hinausgehen. Mit Hinblick auf die Laufzeit bis 31.12.2040 ist das von großer Relevanz, um Fehlentwicklungen zu vermeiden oder von positiven Entwicklungen profitieren zu können.

Sachverhalt

1. Sachverhalt:

Die Landeshauptstadt Mainz hat aktuell die Außenwerberechte durch einen Werberechtsvertrag an die Firma Ströer Deutsche Städte Medien GmbH (= Ströer) vergeben. Dieser aktuelle Werberechtsvertrag vom 31.03.2011 hat eine Laufzeit von 15 Jahren und endet zum 31.12.2025. Es ist beabsichtigt, die Außenwerberechte ab 01.01.2026 neu zu vergeben und hierfür eine europaweite Ausschreibung durchzuführen. Seitdem die Werberechte in der Stadt Mainz vergeben werden, ist es noch zu keinem Konzessionärswechsel gekommen. Die Schaffung von Wettbewerb um die städtischen Werberechte ist ausdrückliches Ziel der Ausschreibung, um ein möglichst lukratives Angebot für die Stadt Mainz zu erhalten.

Die Vergabe an einen anderen Konzessionär wäre aber auch erstmalig in der Stadtgeschichte und hätte weitreichende Konsequenzen bezogen auf den Abbau/Neubau bestimmter Stadtmöbel und die Erteilung erforderlicher Genehmigungen für den Aufbau/Neubau des neuen Stadtmobiliars.

Aktuell sind durch den derzeitigen Konzessionär ca. 700 Werbeträger im gesamten Stadtgebiet errichtet. Es handelt sich dabei vorrangig um analoge Anlagen in verschiedenen Formaten sowie 10 digitale Groß-Screens. Bei diesen digitalen Anlagen handelt es sich um die einzigen digitalen Werbeträger im Stadtgebiet, die Bestandteil des aktuellen Werberechtsvertrages sind. Der aktuelle Bestand der Werbeträger in Mainz kann der folgenden Tabelle (Stand Oktober 2022) entnommen werden.

Werbeträgerarten	Gesamtanzahl
1. Digitale Groß-Screens	10
2. Digitale Klein-Screens	0
3. Digitale Groß-Säule	0
4. City-Light-Boards/Mega-Lights	25
5. Geklebte Großflächen	56
6. City-Light-Säulen	22
7. City-Light-Poster-Vitrinen	186
8. Litfaßsäulen	191
9. Gewerbehinweissammelanlagen	150
10. Klapprahmen	52
11. Uhrensäulen	6
Gesamt	698

Durch den aktuellen Werberechtsvertrag hat die Stadt jährliche Einnahmen durch eine Mindestpacht. Hinzu kommen weitere Dienstleistungen auf Kosten des derzeitigen Konzessionärs wie die Instandhaltung der Wartehallen, Beseitigung von Wildplakatierungen und ein Kontingent an Eigen- und Kulturwerbung zur Inanspruchnahme durch die Stadt.

Da mit der Neuvergabe der Außenwerberechte zahlreiche komplexe Themen sowie vergaberechtliche Fragestellungen verbunden sind, wurde die Firma GESTOCON GmbH & Co. KG (= Gestocon) als Beraterfirma mit hinreichender bundesweiter Erfahrung auf diesem Gebiet für die Stadt beauftragt. Zusammen mit der Gestocon wurden innerhalb der städtischen Fachämter diverse Arbeitsgruppen zur Erarbeitung der Vorgaben und Leitplanken des neuen Werbekonzeptes gebildet. In diesen Arbeitsgruppen wurden die Expertisen der folgenden städtischen Fachämter und Fachabteilungen berücksichtigt:

A. 10 – Hauptamt, 10.05.01 Öffentlichkeitsarbeit

- B. 20 – Amt für Finanzen, 20.03 Steuerverwaltung und 20.06 Abteilung Vergabe und Einkauf
- C. 30 – Standes-, Rechts- und Ordnungsamt, 30.01 Rechtsabteilung und 30.03.01 Sondernutzungen
- D. 37 – Feuerwehr, 37.03.03 Einsatz- und Katastrophenschutzplanung
- E. 42 – Amt für Kultur und Bibliotheken, 423 Kulturabteilung
- F. 60 – Bauamt, 60.02 Bauaufsicht und 60.04 Denkmalpflege
- G. 61 – Stadtplanungsamt, 61.0.01 Stadtbildpflege, 61.01 Verkehrswesen, 61.02 Stadtplanung, 61.03 Straßenbetrieb, 61.04 Straßenverkehrsbehörde
- H. 67 – Grün- und Umweltamt, 67.05 Grünunterhaltung und Baumpflege
- I. 80 – Amt für Wirtschaft und Liegenschaften, 80.02 Liegenschaften
- J. Mainzer Mobilität
- K. Mainzer Netze

Übergeordnet wurde eine Lenkungsgruppe gebildet und mit politischen Mandatsträgern besetzt. Mit der Lenkungsgruppe soll die politische Beteiligung und Lenkungswirkung bereits im Vorfeld der Gremienbeteiligung gewährleistet werden. Die Mitglieder wurden von den jeweiligen Fraktionen im Stadtrat bestimmt. Bei der Stimmengewichtung für die Beschlussfassung der Lenkungsgruppe wurde die Kräfteverteilung im Stadtrat berücksichtigt. Die Lenkungsgruppe hatte insgesamt 4 Sitzungen am 12.12.2022, am 13.07.2023, am 19.10.2023 und am 06.02.2024.

Es wurde eine Bürger:innenbeteiligung in Form einer Stadtteil-Befragung unter der Leitung der Firma „Wer denkt was GmbH“ von Anfang Mai bis Ende Juni 2023 durchgeführt. Dabei haben die jeweiligen Ortsvorsteher:innen als Stakeholder die Bürger:innen der jeweiligen Stadtteile zu den unten genannten Themenpunkten befragt.

- A. Ausstattung der Wartehallen
- B. Ausgestaltung von Werbeinhalten
- C. Digitalisierung der Werbeträger
- D. Zusätzliche Informationen auf den Werbeträgern

In der Art und Weise wie die Befragung der Bürgerschaft erfolgen sollte, waren die Ortsvorsteher:innen dabei frei in der Wahl der Methode. Ergebnisse und Kenntnisse aus der Stadtteil-Befragung wurden bezogen auf die Umsetzbarkeit anschließend von der Verwaltung geprüft. Die Lenkungsgruppe wurde über die Ergebnisse der Befragung und der Verwaltungsprüfung zur Umsetzbarkeit informiert. Das Prüfergebnis ist dieser Beschlussvorlage als Anlage beigefügt.

Vonseiten der Mainzer Mobilität wurde der Vorschlag eingebracht, die Struktur der Bus-WH, Straßenbahnwartehallen und gemischten Wartehallen neu zu ordnen und künftig Bus-WH dem Neukonzessionär zu übertragen und Straßenbahnwartehallen komplett der MVG zuzuordnen. Bisher besteht ein Mischverhältnis. Teilweise sind Bus- und Straßenbahnwartehallen im Eigentum der MVG, teilweise im Eigentum des Konzessionärs. Die Stadt ist als Straßenbaulastträger gesetzlich zuständig für Bushaltstellen. Bei den Straßenbahnhaltestellen ist das Straßenbahnunternehmen rechtlich in der Verantwortung und die Technische Aufsichtsbehörde (TAB) zuständig.

Die durch die Arbeitsgruppen und der Stadtteil-Befragung erarbeiteten maßgeblichen Leitplanken wurden sodann von der Lenkungsgruppe beschlossen und finden sich in dieser Vorlage wieder.

Von der Lenkungsgruppe wurden folgende Leitplanken beschlossen:

Beschluss Nr. 1

Es erfolgt eine Neuausschreibung der Werberechte ab dem 01.01.2026 auf Grundlage eines Werbekonzeptes.

Beschluss Nr. 2

Die Ausschreibung der Werberechte erfolgt für das gesamte Stadtgebiet.

Beschluss Nr. 3

Die Ausschreibung der Werberechte erfolgt in einem Los.

Beschluss Nr. 4

Sämtliche Straßenbahnwarteallen im Eigentum des bisherigen Konzessionärs werden nicht Bestandteil des neuen Werberechtsvertrages und in das Eigentum der MVG überführt.

Beschluss Nr. 5

Sämtliche Bus-WH im Eigentum der MVG werden in das Eigentum des neuen Konzessionärs übergeleitet und Bestandteil des neuen Werberechtsvertrages. Damit ist der neue Konzessionär zukünftig zuständig für deren Wartung und Instandhaltung.

Beschluss Nr. 6

Die gemischten Wartehallen werden teilweise in das Eigentum der MVG und teilweise in das Eigentum des Neukonzessionärs überführt, wenn diese Wartehallen nicht aufgrund des Zustandes direkt zum Vertragsbeginn vom Neukonzessionär ersetzt werden sollen. Werbung im Rahmen der Werberechte wird nur in den gemischten Wartehallen zugelassen, die hierfür explizit freigegeben wurden.

Beschluss Nr. 7

Die Gesamtanzahl der Werbeträger wurde wie von der Verwaltung vorgeschlagen beschlossen. Zusätzlich zur digitaleren Gesamtanzahl sollen im Rahmen der Vertragslaufzeit bis 31.12.2040 zukünftig auch weitere Standorte in digitale Werbeträger umgewandelt werden können. Der Vertrag soll eine entsprechende Klausel erhalten.

Beschluss Nr. 8

In das Werbekonzept wird ein Werbekontingent für Eigen- und Kulturwerbung aufgenommen.

Beschluss Nr. 9

Die Wechselkurse zwischen einzelnen Werbeträgerarten wurden wie von der Verwaltung vorgeschlagen beschlossen.

Beschluss Nr. 10

Die Lenkungsgruppe hat die Aufnahme der umsetzbaren Punkte der Stadtteil-Befragung in das Werbekonzept beschlossen. Es solle geprüft werden, ob eine gleichzeitige Dachbegrünung und der Aufbau von Solarmodulen auf den Bus-WH umsetzbar ist.

Das erarbeitete Werbekonzept und die darin festgelegten Leitplanken verfolgen für die Neuvergabe der Werberechte folgende Ziele:

- A. Abschluss eines einheitlichen Vertrages für alle Werbeträger
- B. Laufzeit von 15 Jahren mit einem Vertragsende zum 31.12.2040
- C. Erbringung der folgenden Dienstleistungen durch den Konzessionär
 - C.1. Aufstellung neuer Bus-WH und Ersatz von ausgedienten Modellen durch den Neukonzessionär.

Dabei sollen grundsätzlich alle Bus-WH begrünt werden, an denen eine Begrünung sinnvoll ist.

- C.2. Bereitstellung eines Kontingentes an Eigen- und Kulturwerbung
- C.3. Vorbildliche Reinigung und Wartung der Werbeträger und Bus-WH
- C.4. Beseitigung von Wildplakatierungen
- C.5. Generierung von Pachteinahmen für die Stadt Mainz
- D. Reduzierung der Gesamtanzahl der Werbeträger im Stadtgebiet
- E. Ersatz zahlreicher analoger Werbeträger durch digitale Werbeträger, entsprechend dem Sättigungsgrad in der Stadt Mainz
- F. Keine Straßenbahnwartehallen mehr im Eigentum des Neukonzessionärs

Voraussetzungen für die Teilnahme am Ausschreibungsverfahren sind:

- A. Die Übernahme der Werbeträger des Altkonzessionärs, sofern dies gewünscht wird, ist mit dem bisherigen Vertragspartner zu verhandeln. Die Stadt Mainz übernimmt hierfür keine Kosten (nicht relevant, sofern der bisherige auch der neue Konzessionär sein sollte)
- B. Unterlagen zur finanziellen Solidität und Zuverlässigkeit (z. B. Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes)
- C. Nachweis der Leistungsfähigkeit entsprechend des Werbeträgerumfangs (Referenzen)
- D. Vorlage eines Konzeptes zur Ausübung der Werberechte
- E. Angabe einer Garantiepacht

Für den Wert der städtischen Werberechte und dem damit verbundenen Wettbewerb kommt es entscheidend darauf an, was die Stadt auf der einen Seite anbietet und auf der anderen Seite vom Konzessionär verlangt. In der wirtschaftlichen Betrachtung der Bieter werden die möglichen Werbeeinnahmen den von der Stadt geforderten Dienstleistungen gegenübergestellt. Sollten die Werberechte nicht lukrativ genug sein, könnte es gar nicht erst zu Angebotsabgabe kommen oder es werden nur unattraktive Angebote eingereicht.

Das aktuelle Werbekonzept der Stadt Mainz ist aufgrund des Beschlusses Nr. 7 hinreichend lukrativ, um mit Angeboten zu rechnen. Es ist aber zu beachten, dass die Stadt Mainz relativ viele und kostenintensive Forderungen (z. B. neue Bus-WH mit Begrünung, erhöhtes Kontingent an Eigen- und Kulturwerbung) hat, aber gleichzeitig lukrative Standorte eliminiert wurden (z. B. durch die Entscheidung – Beschluss der Lenkungsgruppe Nr. 4 - keine Werbung mehr an Straßenbahnhaltestellen zuzulassen). Relevant für die Angebote sind auch die Restriktionen oder speziellen Vorgaben, die in das Werbekonzept aufgenommen werden sollen (z. B. keine Abspielung von digitalen Animationen auf digitalen Werbeträgern, Herstellung von Hausanschlüssen für Strom).

2. Lösung:

Die Leitplanken des von den Fachämtern der Stadt erarbeiteten und von der Lenkungsgruppe beschlossenen Werbekonzeptes werden vom Stadtrat beschlossen, sodass auf Grundlage dessen eine Ausschreibung durch die Stadt erfolgen kann. Ziel ist es sicherzustellen, dass die Werberechte ab dem 01.01.2026 nahtlos auf den Neukonzessionär übergehen können.

3. Alternativen:

Die Leitplanken werden nicht beschlossen mit dem Ergebnis, dass die Werberechte für die städtischen Flächen entweder gar nicht wieder ausgeschrieben werden oder es zu weiteren Verzögerungen im Verfahren kommt, sodass kein nahtloser Übergang der Werberechte auf den Neukonzessionär ab dem 01.01.2026 gewährleistet werden kann. Beide Szenarien hätten finanzielle Einbußen für die Stadt und Schäden für die lokale Wirtschaft und Kulturschaffende zur Folge. Eine weitere Folge wäre der Abbau des Stadtmobiliars (z. B. die Wartehallen im Eigentum des Konzessionärs) zum Stichtag. Außerdem besteht die Gefahr, dass Konzessionäre vermehrt Werbeträger auf privaten Flächen aufstellen, um das Stadtgebiet Mainz im Zusammenhang mit dem gesamten Rhein-Main-Gebiet weiterhin für Werbekampagnen anbieten zu können. Auf diese Werbeträger hätte die Stadt, ohne die Schaffung entsprechender Satzungen, sodann nur einen begrenzten Einfluss. Eine solche Entwicklung kann im Nachhinein nur noch schwer korrigiert werden. Sobald ein bestimmter Sättigungsgrad auf privaten Flächen erreicht wurde, würde sich diese Situation auf lange Zeit zementieren.

Finanzierung

4. Ausgaben/Finanzierung:

a) Einmalige Ausgaben:

b) Laufende Ausgaben einschl. Folgekosten (z. B. Sach- und Personalkosten, Schuldendienst):

x

Einnahmen:

x

Finanzielle Auswirkungen zu 2. und 3.

Auswertung Stadtteil-Befragung

I. Umsetzbare Maßnahmen

Die Bearbeitung bzw. Berücksichtigung dieser Themen ist möglich. Ob die jeweilige Thematik jedoch Relevanz für das neue Werbekonzept hat, kann dem jeweiligen Punkt in der letzten Zeile entnommen werden. Andere umsetzbare Themen ohne Bezug zum Werbekonzept werden innerhalb der Stadt unter Beteiligung der Gesellschaften/Eigenbetriebe realisiert.

1. Wartehallen und Haltestellen

1.1. Ziel: Grundfunktionen

Allgemeine Handlungsempfehlung: Prüfen, inwiefern diese Wünsche bei Wartehallen im Rahmen des Werbekonzepts berücksichtigt werden können

A) Sitzmöglichkeiten

Stellungnahme Verwaltung
Eine Erweiterung der Anzahl an Wartehallen und damit überdachte Sitzmöglichkeiten wird im Nahverkehrsplan an Stellen mit ausreichender Nachfrage befürwortet und angestrebt. An Haltestellen mit hoher Frequenz könnten zwei Wartehallen aufgebaut werden.
Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.

B) Überdachung Haltestellen

Stellungnahme Verwaltung:
Die Überdachung wird durch die Modellvorgabe bestimmt. Da die Modellvorgabe von Amt 61 und MVG vorgegeben ist, werden ausreichend Überdachungen von den verantwortlichen Stellen berücksichtigt. Eine Erweiterung der Anzahl an Wartehallen und damit überdachte Sitzmöglichkeiten wird im Nahverkehrsplan der Stadt Mainz an Stellen mit ausreichender Nachfrage befürwortet und angestrebt.
Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.

1.3. Ziel: Sicherheitsgefühl verbessern

Allgemeine Handlungsempfehlung: Weitergabe an MVG

A) Beleuchtung

Stellungnahme Verwaltung:
Die neuen Wartehallen-Modelle (Modell Kienzler K 26) sehen eine Beleuchtung vor, wenn ein Stromanschluss möglich ist.
Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.

1.4. Ziel: Information verbessern

Allgemeine Handlungsempfehlung: Weitergabe an MVG

A) Digitale Fahrgastinformationen

Stellungnahme Verwaltung:
Die MVG baut aktuell digitale Infosäulen an allen wichtigen Haltestellen auf. Die Echtzeitdaten können zudem über eine App abgerufen werden.
Die Thematik wird nicht beim Werbekonzept berücksichtigt.

1.5. Ziel: Mobilitätspunkte schaffen

Allgemeine Handlungsempfehlung: Weitergabe an Amt 61/MVG

A) Weitere Angebote (Ladesäulen, Car-Sharing, E-Scooter) in der Nähe

Stellungnahme Verwaltung:
Die Verwaltung verfolgt das Ziel, Haltestellen mit Umsteigefunktion zwischen den Verkehrsträgern zu Mobilitätsstationen zu erweitern bzw. Mobilitätshubs einzurichten.
Die Thematik wird nicht beim Werbekonzept berücksichtigt.

1.6. Ziel: Haltestellen der Zukunft schaffen

Allgemeine Handlungsempfehlung: Prüfen, inwiefern diese Wünsche bei Wartehallen im Rahmen des Werbekonzepts berücksichtigt werden können

A) Lademöglichkeiten für mobile devices

Stellungnahme Verwaltung:
Die MVG sieht Lademöglichkeiten für ihre Fahrgäste in den neuen Fahrzeugen vor. Eine Ausstattung der Haltestellen ist entbehrlich.
Die Thematik wird nicht beim Werbekonzept berücksichtigt.

B) WLAN-Spots

Stellungnahme Verwaltung:
Die Haltestellen sind Teil des öffentlichen Raumes, die MVG plant die Realisierung von WLAN in ihren Fahrzeugen.
Die Thematik wird nicht beim Werbekonzept berücksichtigt.

C) Dachbegrünung

Stellungnahme Verwaltung:
Gemäß Stadtratsauftrag werden künftig nur noch Wartehallen mit Dachbegrünung verwendet (Modell Kienzler K 26). Die MVG wird zukünftig generell nur noch Wartehallen mit Dachbegrünung aufstellen.
Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.

1.7. Ziel: Wartehallen für Haltestellen

Allgemeine Handlungsempfehlung: Prüfen, welche Haltestellen zusätzlich eine Wartehalle bekommen sollen

Stellungnahme Verwaltung:
Eine Erweiterung der Anzahl an Wartehallen und damit überdachte Sitzmöglichkeiten wird im Nahverkehrsplan der Stadt Mainz an Stellen mit ausreichender Nachfrage befürwortet und angestrebt.
Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.

2. Werbeinhalte

2.1 Negativ wahrgenommene Werbeinhalte

Allgemeine Handlungsempfehlung: Einhaltung der gesetzlichen Werbeverbote. Prüfung, ob der Hinweis auf Werbeverbote von Alkohol rund um Schulen zusätzlich in die Ausschreibung eingehen könnte

A) Sexistische und rassistische Inhalte

Stellungnahme Verwaltung:
Im Wesentlichen sind die Punkte auch heute schon im noch aktuellen Werberechtsvertrag geregelt und sollen auch zukünftig weiterhin berücksichtigt werden.
Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.

B) Tabak und andere Drogen

Stellungnahme Verwaltung:
Im Wesentlichen sind die Punkte auch heute schon im noch aktuellen Werberechtsvertrag geregelt und sollen auch zukünftig weiterhin berücksichtigt werden. Außerdem existiert bereits ein bundesweit geltendes gesetzliches Tabakwerbeverbot.
Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.

C) Alkoholwerbung

Stellungnahme Verwaltung:
Im Wesentlichen sind die Punkte auch heute schon im noch aktuellen Werberechtsvertrag geregelt und sollen auch zukünftig weiterhin berücksichtigt werden. Regelungen gegen Alkoholwerbung in Sichtweite von Schulen und Kitas sollen vereinbart werden.
Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.

3. Digitalisierung

Allgemeine Handlungsempfehlung: Prüfen, inwiefern dieses Ergebnis in das Werbekonzept eingehen kann

A) Helligkeit Werbeträger

Stellungnahme Verwaltung:
Ein helligkeitsgesteuerte Dimmertechnik gehört zur Standardausstattung eines jeden digitalen Werbeträgers. Im Werbekonzept wird dies zusätzlich gefordert. Die Anzahl digitaler zu analogen Werbeträgern steht nicht in einem ausgeglichenen Verhältnis.
Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.

B) Platzierung Werbeträger

Stellungnahme Verwaltung:
Gute Werbeträgerstandorte definieren sich über Kontakte mit Zielgruppen für die jeweiligen Werbeinhalte. Das ist unabhängig davon, ob es sich um die Ortsmitte oder um ein Randgebiet handelt. Zielgruppenorientiert werden die besten Standorte mit den jeweils besten Werbeträgerarten ausgestattet. Je höher die werbefachliche Standortignung, desto werthaltiger der Werbeträger. Die Festlegung erfolgt in der Standortliste.
Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.

4. Zusätzliche Inhalte

4.1. Zusatzinformationen über Stadt

Allgemeine Handlungsempfehlung: Prüfen, welchen Umfang das geforderte Kontingent an Werbezeit und -fläche im Werbekonzept / Ausschreibung haben soll. Kommunikation stadintern über die Wünsche zur Ausrichtung der Informationen, die über diese Kontingente ausgespielt werden.

A) Städtisch: Feste, Märkte, Ehrenamtsangebote, Veranstaltungen, Bürgerbeteiligungsangebote, Ortsbeiratssitzungen, Schließzeiten der Ortsverwaltung

Stellungnahme Verwaltung:
Die Möglichkeit der rabattierten Eigen- und Kulturwerbung in einem definierten Volumen (400.000 € für analoge Werbeträger und 19.200 Einblendungen für digitale Werbeträger) in analogen und digitalen Werbeträgern wird Bestandteil des zukünftigen Werbekonzeptes sein.
Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.

B) Vereine: Angebote, Veranstaltungen

Stellungnahme Verwaltung:
Zukünftiger Vertragspartner mit einem Konzessionär wird alleine die Stadt sein und keine Vereine. Das o. g. Kontingent an Eigenwerbung umfasst außerdem auch einen Bereich für Kulturwerbung, sodass Vereine und bestimmte Anliegen durch die Stadt gefördert werden können, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.
Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.

II. Nicht umsetzbare Maßnahmen

Die Bearbeitung bzw. Berücksichtigung dieser Themen ist nicht möglich.

1. Wartehallen und Haltestellen

1.2. Ziel Sauberkeit steigern

Allgemeine Handlungsempfehlung: Prüfen, inwiefern diese Wünsche bei Wartehallen im Rahmen des Werbekonzepts berücksichtigt werden können. Hinweis auf regelmäßige Wartung und Reinigung an die Verantwortlichen, überlegenswert wären in dem Zusammenhang auch Anreizsysteme (z.B. Abstimmung durch Kippen Einwurf)

A) Überdachung von Mülleimern

Stellungnahme Verwaltung:
Es handelt sich um ein Kopplungsgeschäft (Werberechte gegen Aufbau und Betrieb von Mülleimern) und hängt nicht mit der Ausschreibung der neuen Werberechte zusammen. Außerdem liegt die Zuständigkeit für die Aufstellung und Leerung der Mülleimer bei der MVG, welches das Amt 70 beauftragt. Die Kosten dafür teilen sich der Eigenbetrieb und die MVG hälftig. Rechtlich besteht keine Verpflichtung des Verkehrsunternehmens, an Haltestellen Papierkörbe vorzuhalten.
Die Thematik wird nicht beim Werbekonzept berücksichtigt.

B) Größere Mülleimer oder häufigere Leerung

Stellungnahme Verwaltung:
Die gesamte Thematik Mülleimer an Wartehallen hängt nicht mit der Ausschreibung der neuen Werberechte zusammen (siehe A).
Die Thematik wird nicht beim Werbekonzept berücksichtigt.

C) Aschenbecher an Mülleimern

Stellungnahme Verwaltung:
Die gesamte Thematik Mülleimer an Wartehallen hängt nicht mit der Ausschreibung der neuen Werberechte zusammen.
Die Thematik wird <u>nicht</u> beim Werbekonzept berücksichtigt.

D) Rauchverbot

Stellungnahme Verwaltung:
Ein Rauchverbot in Wartehallen war schon Gegenstand einer Prüfung durch das Rechtsamt. Für ein Rauchverbot an öffentlichen Haltestellen gibt es noch keine Rechtsgrundlage. Zudem kann ein Konzessionär kein Rauchverbot auf öffentlichem Grund aussprechen.
Die Thematik wird <u>nicht</u> beim Werbekonzept berücksichtigt.

1.3. Ziel: Sicherheitsgefühl verbessern

Allgemeine Handlungsempfehlung: Weitergabe an MVG

A) Notfallrufknopf

Stellungnahme Verwaltung:
Die Wartehallen sind generell Teil des öffentlichen Raums. Bei Notfällen können die entsprechenden Einsatzkräfte (Polizei, Notarzt, Feuerwehr) gerufen werden. Im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Fahrgastbetrieb besteht außerdem ein Informationskanal über das Fahrpersonal vor Ort.
Die Thematik wird <u>nicht</u> beim Werbekonzept berücksichtigt.

B) Videoüberwachung

Stellungnahme Verwaltung:
Eine allgemeine Videoüberwachung im öffentlichen Raum ist aus datenschutzrechtlichen Gründen unzulässig.
Die Thematik wird <u>nicht</u> beim Werbekonzept berücksichtigt.

1.6. Ziel: Haltestellen der Zukunft schaffen

Allgemeine Handlungsempfehlung:

Prüfen, inwiefern diese Wünsche bei Wartehallen im Rahmen des Werbekonzepts berücksichtigt werden können

A) Solarpanele

Stellungnahme Verwaltung:
Gemäß Stadtratsauftrag werden künftig nur noch Wartehallen mit Dachbegrünung verwendet (Modell Kienzler K 26). Damit ist kein Platz für zusätzliche Solaranlagen vorhanden, da sich diese Nutzungen ausschließen. Solaranlagen werden nicht Gegenstand des Werbekonzeptes, dafür aber die Dachbegrünung von Wartehallen (siehe I. 1.5 C).
Die Thematik wird <u>nicht</u> beim Werbekonzept berücksichtigt.

B) Wasserspender

Stellungnahme Verwaltung:
Wasserspender sind relevant für den öffentlichen Raum der Zukunft, aber nicht Gegenstand der Werberechte.
Die Thematik wird <u>nicht</u> beim Werbekonzept berücksichtigt.

2. Werbeinhalte

2.1. Positiv wahrgenommene Werbeinhalte

Allgemeine Handlungsempfehlung: Aufnahme in das Werbekonzept prüfen

A) Regionale Produkte und Angebote

Stellungnahme Verwaltung:
Es ergibt sich das Problem, dass zu unterscheiden ist, was regionale Werbung, im Gegensatz zu nationaler und/oder internationaler Werbung ist (z. B. wenn eine lokal ansässige und geführte Auto-Niederlassung eines internationalen Konzerns, die bundesweite Einführung eines neuen E-Automodells bewerben will), weshalb bisher jede Kommune davon abgesehen hat.
Die Thematik wird nicht beim Werbekonzept berücksichtigt.

2.2. Negativ wahrgenommene Werbeinhalte

Allgemeine Handlungsempfehlung: Hinweis im Werbekonzept/Ausschreibung auf Einhaltung der gesetzlichen Werbeverbote; ggf. Prüfung.

A) Rechte Inhalte

Stellungnahme Verwaltung:
Offene Begriffe wie z. B. „rechte“ oder auch „linke“ Inhalte sind bezgl. auszusprechender Werbeverbote schwierig zu greifen/definieren. Alle politischen Inhalte, die nicht verboten sind, können sich auf die Meinungsfreiheit berufen. Eine Zensur kommt nach Ansicht des Rechtsamtes nicht in Betracht. Allen Parteien muss es beispielsweise möglich sein, Werbung beim zukünftigen Konzessionär zu beauftragen. Für die Stadt gilt insoweit der Neutralitätsgrundsatz.
Die Thematik wird nicht beim Werbekonzept berücksichtigt.

3. Zusätzliche Inhalte

3.1. Zusatzinformationen über Konzessionsnehmer

Allgemeine Handlungsempfehlung: Prüfen, inwiefern diese Zusatzinformationen von potenziellen Konzessionsnehmern geliefert werden können oder ob diese Angaben bereits den Kreis der potenziellen Wettbewerbsteilnehmer einschränken.

A) Regionale Nachrichten

Stellungnahme Verwaltung:
Eine zwingende Vorgabe im Werbekonzept zum Senden/Zeigen z. B. regionaler/nationaler Nachrichten kann die Anzahl der Wettbewerber um die Werberechte einschränken. Aktuell hat nur DSM/STRÖER bundesweit diese Art von Sendeinhalten (-> T-Online) in digitalen Werbeträgern.
Die Thematik wird nicht beim Werbekonzept berücksichtigt, soll aber als optionaler Zusatzpunkt bei der Ausschreibung bewertet werden.

B) Wetter

Stellungnahme Verwaltung:
Eine zwingende Vorgabe im Werbekonzept zum Senden/Zeigen von Wetterinformationen Nachrichten kann die Anzahl der Wettbewerber um die Werberechte einschränken. Aktuell hat nur DSM/STRÖER bundesweit diese Art von Sendeinhalten (-> T-Online) in digitalen Werbeträgern.
Die Thematik wird nicht beim Werbekonzept berücksichtigt, soll aber als optionaler Zusatzpunkt bei der Ausschreibung bewertet werden.

C) Sportnachrichten

Stellungnahme Verwaltung:
Eine zwingende Vorgabe im Werbekonzept zum Senden/Zeigen von Sportnachrichten kann die Anzahl der Wettbewerber um die Werberechte einschränken. Aktuell hat nur DSM/STRÖER bundesweit diese Art von Sendehalten (-> T-Online) in digitalen Werbeträgern.
Die Thematik wird nicht beim Werbekonzept berücksichtigt, soll aber als optionaler Zusatzpunkt bei der Ausschreibung bewertet werden.

D) Katastrophenmeldungen

Stellungnahme Verwaltung:
Die Nutzung von digitalen Werbeträgern für offizielle Katastrophenwarnmeldungen in Kombination mit Katwarn und Nina wird vom Katastrophenschutz begrüßt. Eine effektive Nutzung setzt eine hohe Abdeckung des Stadtgebietes mit digitalen Werbeträgern voraus. Je größer die Anzahl der zur Verfügung stehenden digitalen Werbeträgern, desto größer ist die Anzahl der Bürger:innen, die hierdurch informiert werden können. Zusätzlich gab es bereits Versuche, auch die Fahrgastanzeiger der Mainzer Mobilität an Bus- und Straßenbahnhaltstellen als Warnmultiplikator im Stadtgebiet zu nutzen. Hierzu sind noch Details zu klären, wie das System über MoWaS angesteuert werden kann.
Die Thematik wird nicht beim Werbekonzept berücksichtigt, soll aber als optionaler Zusatzpunkt bei der Ausschreibung bewertet werden.

E) Funfacts

Stellungnahme Verwaltung:
Eine zwingende Vorgabe, z. B. zwingend T-Online-Nachrichten zu senden, schränkt den Teilnehmerkreis ein, da T-Online und DSM/STRÖER Partner sind.
Die Thematik wird nicht beim Werbekonzept berücksichtigt.

Ortsverwaltung Mainz-Hechtsheim

Frau Ortsvorsteherin

Ulrike Cohnen

über

Stadtverwaltung Mainz Frau Zwilling

Anfrage

zur Sitzung des Ortsbeirates am 29.02.2024

„Notfallvorsorge in der Theodor-Heuss-Schule und der IGS Auguste-Cornelius in Mainz-Hechtsheim“

Wir fragen die Stadtverwaltung Mainz zu der Notfallvorsorge in den beiden Hechtsheimer Schulen:

- Wie sind die allgemeinen Sicherheitsvorkehrungen?
- Gibt es einen Alarmierungsplan?
- Wie ist die technische Ausstattung für eine Alarmierung, auch im Falle eines Brandes?
- Kann der Notruf gleichzeitig für alle Gebäude ausgelöst werden?

Begründung:

Am Mittwoch, dem 31. Januar 2024 kam es zu einem polizeilichen Einsatz an der IGS Auguste Cornelius wegen der Meldung, dass ein Schüler im Besitz einer Schusswaffe gewesen sei und diese in der Schule gezeigt haben soll.

Aus diesem Grund sind besorgte Bürgerinnen und Bürger an uns herangetreten mit der Frage, in wieweit die Schulen für einen eventuellen Notfall gerüstet sind.

Wir bedanken uns für die Beantwortung unserer Anfrage.

Franz Jung

CDU Mainz-Hechtsheim



Ortsbeiratsfraktion Mainz-Hechtsheim

Ortsverwaltung Mainz-Hechtsheim

Frau Ortsvorsteherin

Ulrike Cohnen

Anfrage

Zukunft der alten Ortsverwaltung

Anknüpfend an unsere Anfrage 0904/2023 für die Ortsbeiratssitzung vom 16. März 2023 und die Antwort der Verwaltung darauf vom 15. März 2023 fragen wir mit Blick auf die Zukunft des Gebäudes:

1. Gibt es inzwischen eine Vereinbarung mit einem Verein, einer Gruppe oder einer Institution über die Nutzung der alten Ortsverwaltung bzw. ist eine solche Vereinbarung in die Nähe gerückt?
2. Welche Räumlichkeiten umfasst eine solche mögliche Vereinbarung?
3. Lässt die Vereinbarung Raum für weitere Nutzungen anderer Interessenten?
4. Gab es neben dem unter 1. erwähnten (möglichen) Vertragspartner weitere Interessenten für eine Nutzung, deren Interesse nicht berücksichtigt wurde?
5. Wie wurden potenzielle Interessenten über die Möglichkeit einer Vermietung informiert? Gab es eine Ausschreibung, die jeder Interessent hätte wahrnehmen können?

6. Nach welchen Maßstäben wurde bzw. wird im Fall weiterer Interessenten die Entscheidung für einen Interessenten getroffen?

7. Sind bauliche Maßnahmen notwendig, damit eine unter 1. erwähnte Nutzung regelkonform (Baurecht) durchgeführt werden kann? Wenn ja: Welche und zu welchen Kosten?

8. Hat die Stadtteilbücherei Interesse an einer räumlichen Ausweitung signalisiert?

9. Ist der Bestand der Stadtteilbücherei an ihrem jetzigen Standort in der Ortsverwaltung dauerhaft gewährleistet?

Klaus Euteneuer



Beschlussvorlage für Ausschüsse

öffentlich		Drucksache Nr. 0147/2024
Amt/Aktenzeichen 80/23 10 89 7	Datum 16.01.2024	TOP

Behandlung in der Verwaltungsbesprechung am			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Hechtsheim	Kenntnisnahme	29.02.2024	Ö

<p>Betreff: Sachstandsbericht zu Antrag 1803/2023 (SPD); hier: Öffentliche Toiletten</p>
<p>Mainz, 13 Februar 2024</p> <p>gez.</p> <p>Manuela Matz Beigeordnete</p>

Die Verwaltung nimmt wie folgt Stellung:

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 29.11.2023 das gesamtstädtische Toilettenkonzept und die stufenweise Umsetzung der Ergebnisse beschlossen. Das Konzept enthält neben Sanierungsmaßnahmen auch die Realisierung neuer Standorte mit unterschiedlichen Priorisierungen.

Zur Priorisierung von Standortvorschlägen galt bei der Betrachtung der Fußgängerfrequenzen das Interesse für den Personenkreis, der sich zwecks Freizeitaktivitäten und zum Einkaufen in Mainz aufhält. Auf Basis der Fußgängerfrequenz je Hektar wurde eine Analyse des Stadtgebietes durchgeführt und ein Grenzwert errechnet. Alle Flächen, die über dem Grenzwert liegen, bieten Potential für neue Toilettenanlagen, da dort ausreichend hohe Fußgängerströme vorhanden sind.

Als Bedarfsquellen wurden Orte im Stadtgebiet identifiziert, an denen aufgrund ihrer spezifischen Eigenschaften sich ein hoher Anteil an Personen zu Freizeitaktivitäten aufhält oder vorbeikommt. Hierzu zählen u. a. Einkaufsstraßen/Ortskerne, Parkanlagen, Spielplätze etc.

Ein Standort für eine neue Toilettenanlage wurde dort empfohlen, wo sich Potentialflächen und Bedarfsquellen treffen. Die gesammelten Vorschläge aus den Beteiligungsverfahren bzw. aus den Gremien wurden in die räumliche Analyse aufgenommen und mit den ermittelten Potentialflächen und Bedarfsquellen abgeglichen. Hierdurch konnten drei Kategorien ermittelt werden. Diese gliedern sich in deckungsgleiche Vorschläge, welche eine Standortempfehlung nach der Analyse erhalten, abgewiesene Vorschläge, welche außerhalb von Potentialflächen und Bedarfsquellen oder im Einzugsbereich des Bestands liegen sowie bedingt deckungsgleiche Vorschläge, welche

diskutabel sind, da sie in unmittelbarer Nachbarschaft zu Potentialflächen und Bedarfsquellen liegen.

Im Ergebnis gliedern sich die seitens KIM erarbeiteten Standortempfehlungen nach erfolgter Datenanalyse in Gruppe A, Gruppe B und Gruppe C. Die Priorisierung innerhalb der jeweiligen Gruppe resultiert aus den Erkenntnissen der Fußgängerfrequenz, Nennung bei der Online-Umfrage, Nennung durch die Gremien und den begleitenden Bedarfsquellen.

Bei Gruppe A handelt es sich um Standorte mit der höchsten Priorität, welche alle in Arealen mit hoher bis sehr hoher Fußgängerfrequenz und wichtigen Bedarfsquellen, u. a. Spielplätze, Parkanlagen, Ortszentren, in unmittelbarer Nähe liegen. Zudem wurden die Nennungen im Rahmen der Bürgerbeteiligung und die Vorschläge aus den städtischen Gremien berücksichtigt.

Gruppe B beinhaltet Standorte mit einer mittleren Priorität, welche in Arealen liegen mit mittlerer bis hoher Fußgängerfrequenz und Bedarfsquellen in unmittelbarer Nähe und weiteren Bedarfsquellen in näherer Entfernung. Die Nennungen im Rahmen der Bürgerbeteiligung und Vorschläge aus den städtischen Gremien wurden analog der Gruppe A berücksichtigt.

Bei Gruppe C handelt es sich um Standorte mit niedrigerer Priorität, welche in Arealen liegen mit geringerer bis mittlerer Fußgängerfrequenz und Bedarfsquellen in unmittelbarer Nähe und weiteren Bedarfsquellen in näherer Entfernung. Die Nennungen im Rahmen der Bürgerbeteiligung und Vorschläge aus den städtischen Gremien wurden auch hier analog der beiden anderen Gruppen entsprechend berücksichtigt.

Wie den vorgenannten Ausführungen zu entnehmen ist, wurde keine willkürliche Standortpriorisierung, sondern vielmehr eine genaue Abwägung zu den einzelnen Standorten getroffen.

Für den Stadtteil Hechtsheim wurde Potential für einen neuen Toilettenstandort identifiziert. Im Bereich des Ortskerns bzw. der Endhaltestelle der Straßenbahn besteht eine hohe Fußgängerfrequenz. Im Rahmen der Bürgerbeteiligung wurde der Standort mit Rang 26 gelistet. Hieraus leitet sich insgesamt die Priorisierung in Gruppe C ab.

Die Verwaltung wird den Empfehlungen des KIM folgen und das seitens des Stadtrates beschlossene Konzept entsprechend stufenweise umsetzen. Eine Änderung der Priorisierung wird seitens der Verwaltung nicht vorgenommen.

Derzeit befindet sich die Verwaltung noch in der Prüfung, ob und wie die Behindertentoilette in der alten Ortsverwaltung für alle zugänglich gemacht werden kann. Dann würde eine weitere Toilette in der Ortsmitte zur Verfügung stehen.

Hinsichtlich des Prüfantrages zur Einrichtung einer öffentlichen Toilette für LKW-Fahrerinnen und -Fahrer im Gewerbegebiet wird auf den Sachstandsbericht zum Antrag 1482-2023 verwiesen.



Beschlussvorlage für Ausschüsse

öffentlich		Drucksache Nr. 0359/2024
Amt/Aktenzeichen 67/67 00 66 He	Datum 14.02.2024	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Hechtsheim	Kenntnisnahme	29.02.2024	Ö

Betreff:

Sachstandsbericht zu Antrag 1779/2023 GRÜNE, Ortsbeirat Mainz-Hechtsheim;
hier: Erhalt der Bäume in der Wendeschleife am Bürgerhaus

Mainz, 16. Februar 2024

gez. Steinkrüger

Janina Steinkrüger
Beigeordnete

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Die Ertüchtigung der Straßenbahnwendeschleife bedarf der Durchführung eines Plangenehmigungsverfahrens, für das von der MVG als Vorhabenträgerin ein Fachbeitrag Naturschutz mit integrierter Artenschutzaussage vorzulegen ist.

Nach einem Ortstermin im Juni 2023 zwecks Beurteilung der Möglichkeiten zum Baumerhalt fand im September 2023 zwischen der MVG und Vertreter:innen der betroffenen städtischen Fachämter eine Abstimmung zu den einzuhaltenden rechtlichen und inhaltlichen Erfordernissen statt. Der Erhalt der vorhandenen 6 städtischen Bäume ist dabei breiter Konsens. Er kann durch Baumschutzmaßnahmen während des Baubetriebs gewährleistet werden.



Beschlussvorlage für Ausschüsse

öffentlich		Drucksache Nr. 0329/2024
Amt/Aktenzeichen 61/68	Datum 13.02.2024	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Hechtsheim	Kenntnisnahme	27.02.2024	Ö

Betreff:

Sachstandsbericht zum Antrag 1875/2023 der ÖDP Ortsbeiratsfraktion Mainz-Hechtsheim hier: Änderungsantrag zum Antrag 1802/2023 "Abstellplätze für E-Roller" und zur BV 1592/2023 "Sondernutzungskonzept E-Tretroller Vermietkonzept"

Mainz, 21.02.2024

gez. Steinkrüger

Janina Steinkrüger
Beigeordnete

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat **Mainz-Hechtsheim** nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Im ersten Schritt beschränkt sich die Einrichtung von Abstellflächen für E-Tretroller und korrespondierend die gleichzeitige Sperrung der umgebenden Flächen ausschließlich auf den Innenstadtbereich. Es handelt sich bei der Regulierung der E-Tretroller-Vermietungssysteme mittels Sondernutzung um ein neues Konzept, dessen Umsetzung von Seiten der Landeshauptstadt Mainz beobachtet wird. Sollte im weiteren Verlauf beispielsweise an einzelnen Standorten in den Vororten erkennbar werden, dass die Einrichtung zusätzlicher Abstellflächen verkehrlich sinnvoll ist, ist eine nachträgliche Ergänzung möglich.

Im Rahmen der Sondernutzung verfügt die Landeshauptstadt Mainz über sehr viel weitreichendere Durchgriffsmöglichkeiten gegenüber den Betreiberfirmen. Die Landeshauptstadt Mainz wird daher die Abstellsituation vor Ort regelmäßig kontrollieren. Werden im Rahmen der Kontrollen systematische Einschränkungen der Verkehrssicherheit durch die abgestellte Fahrzeugflotte eines Anbieters festgestellt, wird dieser angemahnt.

Ergreift der entsprechende Anbieter hierauf aufbauend keine geeigneten Maßnahmen und werden im Rahmen fortlaufender Kontrollen regelmäßig systematische Sicherheitsprobleme durch die abgestellten E-Tretroller festgestellt, kann diesem die Sondernutzungserlaubnis entzogen

werden. In Folge müsste der betroffene Anbieter den Betrieb im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Mainz einstellen und seine E-Tretroller aus dem öffentlichen Straßenraum entfernen. Auch in Einzelfällen, in denen aufgrund eines falsch abgestellten E-Tretrollers beispielsweise „Gefahr in Verzug“ ist, kann das Fahrzeug durch die Landeshauptstadt Mainz verschoben oder entfernt und die hierfür anfallenden Kosten dem entsprechenden Anbieter des Vermietsystems in Rechnung gestellt werden.



Beschlussvorlage für Ausschüsse

öffentlich		Drucksache Nr. 0434/2024
Amt/Aktenzeichen 61/68	Datum 20.02.2024	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Hechtsheim	Kenntnisnahme	29.02.2024	Ö

Betreff:

Sachstandsbericht zu Antrag 1804/2023 der SPD Ortsbeiratsfraktion Mainz-Hechtsheim hier: Verkehrskonzept am Schulzentrum für die Morgenstunden

Mainz, 21.02.2024

gez. Steinkrüger

Janina Steinkrüger
Beigeordnete

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat **Mainz-Hechtsheim** nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Die morgendlichen Verkehrsprobleme um die Schulstandorte der Theodor-Heuss-Schule sowie der IGS Mainz-Hechtsheim sind der Stadtverwaltung bekannt. Aus diesem Grund wurde bereits vor kurzem eine zusätzliche Bring- und Holzzone An den Mühlwegen errichtet, eine weitere soll im Dornsheimer Weg folgen. Letztere konnte bisher witterungsbedingt von der ausführenden Fachfirma noch nicht umgesetzt werden.

Weiterhin dürfte sich durch den Neubau des Grundschulgebäudes an der Lion-Feuchtwanger-Straße (zusätzliche Anzahl von Schüler:innen, höhere Bedeutung des Zugangs Lion-Feuchtwanger-Straße) die Problemlage gegenüber des 2016 in Auftrag gegebenen Schulwegsicherungskonzeptes geändert haben.

Aus den genannten Gründen beabsichtigt die Stadtverwaltung bereits, ein Fachplanungsbüro mit der Fortschreibung der Schulwegsicherung in Mainz-Hechtsheim zu beauftragen.

Bestandteil dieser Fortschreibung wird u.a. die Betrachtung und Analyse der aktuellen verkehrlichen Situation entlang der Lion-Feuchtwanger-Straße sowie der Peter-Weyer-Straße/ Ringstraße sein. Hieraus sollen wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse abgeleitet

und dargestellt werden. Der Bring- und Holverkehr sowie die Wirksamkeit und ggf. zusätzliche Ausweisung weiterer Bring- und Holzonen werden dabei im Besonderen berücksichtigt. Die verkehrliche Situation entlang der evangelischen Kindertagesstätte wird ebenfalls aufgenommen.

Mit den Ergebnissen der Fortschreibung ist bis zur Sommerpause 2024 zu rechnen.